

Redetext

Ursula Engelen-Kefer

Gute Arbeit-Soziales Europa

Dieser 1. Mai 2014 ist wenige Wochen vor den Europawahlen. Und die Europäische Union steckt in ihrer größten Zerreißprobe. Die rigorose Kürzungspolitik spaltet unsere Gesellschaft in Deutschland und Europa. Sie verschärft Arbeitslosigkeit und Armut - Sie gefährdet die Europäische Integration und unsere Demokratie.

Gleichzeitig erstarben nationalistische Gruppierungen, die aus Europafeindlichkeit, Rassismus und Hetze keinen Hehl machen. Zu Recht wächst der Unmut über die undurchschaubare europäische Bürokratie sowie die finanzielle Selbstbedienung der EU-Spitzenfunktionäre bis zu Korruption. Was ist das für eine Demokratie, wenn wenige Regierungsspitzen über existenzielle Finanz-, Arbeits- und Lebensbedingungen in unseren Ländern entscheiden? Seien dies die 100er von Milliarden schweren Rettungsfonds für marode Banken; die Abwürgung des Sozialstaates durch rigorose Schuldenbremsen; die sozialen Kürzungsdiktate und damit Verarmung ganzer Länder; der schleichende und offene Abriss der Sozialen Sicherung.

Wir wollen und müssen heute an diesem 1. Mai 2014 ein unüberhörbares Zeichen setzen: Diese zerstörerische Entwicklung muss angehalten werden. Wir dürfen Europa nicht den radikalen politischen Kräften von rechts- und von links überlassen. Wir als Bürger müssen unser Wahlrecht auch zum Europäischen Parlament wahrnehmen. Wer 100 Jahre nach Ausbruch des 1. Weltkrieges Europa die kalte Schulter zeigt, ebnet den Weg zurück ins 19. Jahrhundert mit seinem Separatismus, Nationalismus und den verheerenden Kriegen.

Die politischen Weichen in Europa müssen umgestellt werden. Wir fordern: Schluss mit der Propaganda, die hunderte von Milliarden Euro schwere Rettung von Banken in der EU seien wegen ihrer „Systemrelevanz“ ohne Alternative. Für uns muss gelten : „Systemrelevant“ sind die 500 Millionen Menschen in Europa und vor allem unsere Jugend. Wir wollen kein Europa der Finanzwirtschaft und der Konzerne. Wir wollen ein Europa mit sozialer Gestaltung, die den Zusammenhalt der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Und wir wollen ein friedliches, soziales, gerechtes und demokratisches Europa- So, wie es die Europäische Sozialcharta fordert: - insbesondere das Recht auf Arbeit, angemessenes Arbeitsentgelt, Berufsausbildung, soziale Sicherheit, freie Betätigung von Gewerkschaften und auch besondere Schutzrechte für alte Menschen, Kinder, Jugendliche, Mütter und Familien sowie das [Recht auf Wohnung](#), Kündigungsschutz und den Schutz vor Armut. Das ist unser Maßstab der Politik für und in Europa!

Das Europaparlament muss aus dem Randbereich als demokratisches „Trostpflaster“ in den Kern der europäischen Demokratie. Für ein soziales Europa der Bürger Sozialabbau stoppen Auch in der Bundesrepublik Deutschland wird der Sozialabbau voranschreiten. Durch den EU Fiskalpakt werden wir als Bundesbürger gleich von zwei Seiten in die Zange genommen: Die Verschärfung und Vorziehung der Schuldenbremsen im Grundgesetz werden zu rigorosen Einsparungen der öffentlichen Haushalte genutzt. Ihr erfahrt dies auch seit Jahren in Niedersachsen:

Einschränkungen öffentlicher Investitionen und Leistungen beenden

Vor allem die Kommunen werden zu einer finanziellen „Vollbremsung“ gezwungen sein. Die seit Jahren rückläufigen öffentlichen Investitionen und Leistungen werden weiter eingeschränkt. für die soziale Wohnraumförderung, den Gesundheits- und Pflegebereich, das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen. Abbau Sozialer Sicherung. Wenn der Bund seine Schuldenobergrenze ab 2014 von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts voll ausschöpft, bleiben für die Kommunen und Sozialversicherungen gerade einmal etwa 4 Mrd. Euro. Die derzeitigen Überschüsse der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung werden schnell zusammenschmelzen. Seit Jahren greift die Bundesregierung im ungenierten in die Taschen der Beitragszahler, Rentner, Kranken und Arbeitslosen. Aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung hat sich der Bundesfinanzminister bereits 16 Mrd. Euro geholt; Ohne jegliche Rechtfertigung muss die Rentenversicherung 2 Mrd. Euro pro Jahr abgeben und die gesetzliche Krankenversicherung 3 Mrd. Euro. Gleichzeitig müssen wir als Beitragszahler in Zukunft alle Ausgabensteigerungen allein tragen. Die Arbeitgeber können sich unbesorgt zurücklehnen: Ihr Beitrag bleibt gedeckelt.

Bundesleistungsgesetz gegen die Menschen mit Behinderungen verhindern

Die Zustimmung der Länder zum EU Fiskalpakt hat die Bundesregierung zu Lasten der Menschen mit Behinderungen erkaufte. Über ein Bundesleistungsgesetz sollen die inzwischen auf 14 Mrd. Euro angestiegenen jährlichen Leistungen der Kommunen für die Eingliederungshilfe schrittweise vom Bund übernommen werden. In den Schubladen des Bundesfinanzministers schmoren seit Jahren „Giftlisten“ über Einschränkungen dieser Maßnahmen und Leistungen für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Diese dürfen nicht unter das Kürzungs- Diktat des EU Fiskalpaktes fallen.

Wir werden nicht locker lassen, die Bundesregierung, die Bundesländer und die Kommunen an ihre Verpflichtungen aus der UN Behindertenkonvention zu erinnern: Menschen mit Behinderungen haben einen gesetzlichen Anspruch auf volle Teilhabe und gleiche Augenhöhe in Arbeit und Gesellschaft.

Soziale Wohnungs- und Mietpolitik

Ein sozial geschützter Wohnungsmarkt und Mieterschutz sind Kernstücke des sozialen Europas. Die Wohnungspolitik darf nicht in Geiselhaft für einen unregulierten Finanzmarkt genommen werden. Verantwortungslose Finanzspekulation und massive Steuerflucht verschärfen die Wohnungsknappheit in unseren Städten. Die verheerenden Beispiele nehmen zu, dass sozial schwache Menschen aus ihren Wohnungen, in Obdachlosigkeit, Krankheit und bis zum Tod gedrängt werden. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. **Alle EU-Staaten brauchen ein Grundrecht auf Wohnen in ihren Verfassungen und gesetzliche Schutzrechte, die den Zugang zu preiswerter Wohnungen und angemessenem Wohnen sicherstellen.** Bei 23 Prozent Mitsteigerungen hier in Oldenburg in fünf Jahren sind nicht nur Mietpreisbremsen sondern vor allem auch die öffentliche Förderung von bezahlbarem Wohnraum unerlässlich.

Die Energieversorgung in Europa

In der EU sind Umwelt- und Klimaschutz sowie eine zukunftsfähige Energieversorgung unerlässlich. Wir wollen einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Um- und Ausbau der Strom- und Gasnetze muss europaweit erfolgen. Die Energieversorgung in Europa ist sozial gerecht und bezahlbar für alle zu gestalten.

Mobilität sozial gestalten

Wir wollen ein Europa der fairen Arbeit und der fairen Mobilität! Die Realität sieht anders aus: Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit erreichen einen traurigen Rekord nach dem anderen. Welche Zukunft hat Europa, wenn 5,6 Millionen junge Menschen weder Arbeit noch Ausbildung haben. Gar nicht zu reden von den Krisenländern Griechenland und Spanien – dort sind über die Hälfte der jungen Menschen ohne Zukunft in Arbeit und Gesellschaft. In der Bundesrepublik konnte die Arbeitslosigkeit zwar spürbar abgebaut und die Beschäftigung erhöht werden. Aber um welchen Preis! In keinem anderen Land der EU sind unsichere Beschäftigung, Niedriglöhne und Armut so schnell und so massiv gestiegen wie bei uns. Über 7 Mio. Niedrig Löhner, 1 Mio. Langzeitarbeitslose; 7,4 Mio. Minijobber; 1,4 Mio. Aufstocker; 2 Mio. Kinder und Jugendliche in Armut Das ist die bittere Kehrseite des sog. Zweiten deutschen Beschäftigungswunders. Gleichzeitig bedienen sich die Top Manager auch der privaten und öffentlichen „Pleitebanken“ mit skandalös hohen Einnahmen.

Agenda 2010- kein Patentrezept für die Bundesrepublik und Europa

„Am deutschen Wesen soll Europa genesen“ verlangen die Apologeten der Agenda 2010. Und sie finden willfährige Helfer in EU Kommission und Mitgliedsländern. Das Rezept lautet: mehr Druck auf Arbeitslose, Senkung von Löhnen, Renten und sonstigen Sozialleistungen und Rente mit 67, wenn nicht gar erst mit 70 Jahren oder noch weiter nach oben mit steigender Lebenserwartung. Junge Menschen in den Krisenländern leiden besonders unter den prekären Arbeitsbedingungen mit dem hohen Risiko der Arbeitslosigkeit. Krisenrezepte a la Agenda 2010 verschärfen diese Spirale nach unten noch weiter. Wir müssen an diesem 1. Mai 2014 unmissverständlich klar machen. Wir brauchen in Deutschland und Europa nicht weitere Deregulierung sondern Reregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen Qualifizierung und qualifizierte Arbeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und faire Tarifverträge. Der massive Missbrauch grenzüberschreitender Leiharbeit, von Werkverträgen bis zu Schein Selbständigkeiten mit Dumping von Löhnen und Arbeitsbedingungen muss beendet werden. Der verheerenden Explosion von Minijobs ohne Sozialversicherung mit Armut bei Arbeit und im Alter muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Wir brauchen existenzsichernde Arbeit in Voll- und Teilzeit mit Sozialversicherung, fairen Löhnen sowie Arbeitsbedingungen und beruflicher Zukunft. Nur dann kann es gelingen, die seit Jahren weit klaffende Lohnlücke für Frauen von 22 Prozent zu schließen. Frauenquoten, Antidiskriminierungs- und Entgeltgleichheitsgesetze sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind längst überfällig. Entscheidend ist jedoch, dass wir die Frauen endlich aus der Hartz IV Falle der Minijobs herausholen.

Mindestlöhne nicht durchlöchern.

Wenn die Bundesregierung jetzt endlich bereit ist, einheitliche gesetzliche Mindestlöhne nicht unter 8,50 Euro einzuführen, ist dies eine richtige und längst überfällig Weichenstellung. Dies gilt auch für die Ausdehnung der tariflichen Mindestlöhne in allen Wirtschaftsbranchen. Nicht hinnehmbar ist allerdings, dass Jugendliche bis 18 Jahren und vor allem Langzeitarbeitslose ausgenommen werden sollen. Wir wollen nicht, dass es auch beim gesetzlichen Mindestlohn Arbeitnehmer zweiter und dritter Klasse gib Und: Wir wollen nicht, dass den Arbeitgebern die Türen für das Ausweichen vor dem Mindestlohn weit geöffnet bleiben. Wir müssen daher an diesem 1. Mai 2014 unmissverständlich einfordern: Der gesetzliche Mindestlohn darf nicht durchlöchert werden. Und wir fordern von der Bundesregierung: Hören Sie auf mit Trickserei und Augenwischerei. Führen Sie – wie versprochen den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro ohne „wenn und Aber“ ein. -und zwar – wie versprochen 2015 -nicht erst, wie jetzt vorgesehen-, 2017 mit der ersten Erhöhung 2018. Dann ist der gesetzliche Mindestlohn nur noch weit weniger als 8 Euro wert.

EU-Jugendgarantie – was kann sie leisten?

Die ständige Propaganda aus Brüssel für die sog. „Jugendgarantie“ steht in keinem Verhältnis zur bitteren Realität weiter steigender Jugendarbeitslosigkeit. Die verfügbaren 6 bis 8 Mrd. Euro über zwei Jahre bei weit über 5 Millionen arbeitslosen Jugendlichen sind noch weniger als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Vor allem sind sie skandalöse „Peanuts“ gemessen an den hunderten von Mrd. Euro für Gläubiger und Top Manager der maroden Banken.

Grenzüberschreitende Mobilität- kein Patentrezept

Täglich hören wir das Jammern aus der Wirtschaft über die Demographie und den Mangel an Auszubildenden und Fachkräften. Im Anschluss daran ertönt der immer lautere Ruf nach mehr Arbeitskräften aus dem Ausland. Gemeint sind vor allem hoch qualifizierte junge Menschen aus den südeuropäischen Krisenländern. Dies kann weder Patentrezept noch eine dauerhafte Lösung sein. Muss es erst zum Skandal kommen, dass hoch ausgebildete junge Spanierinnen in Helfertätigkeiten deutscher Pflegeeinrichtungen mit unfairen Löhnen, Arbeitsbedingungen und Wohnmöglichkeiten abgespeist werden. Oder: Nehmen wir das Beispiel der rumänischen Leiharbeiter bei der Meyer Werft in Papenburg- nicht weit von hier. Musste es erst zu den verheerenden Todesfällen wegen mangelnder Brandschutzvorkehrungen in den Wohnunterkünften kommen? – wobei dann gleichzeitig festgestellt wurde, dass den Arbeitern Hungerlöhne zwischen 2,90 Euro und 3,50 Euro gezahlt wurden. Erst dann war die Geschäftsführung bereit, mit den Betriebsräten und Gewerkschaften über menschenwürdige Bedingungen für die ausländischen Arbeitnehmer bei der Arbeit und im Wohnumfeld zu verhandeln. Oder sehen wir die menschenwürdigen Dumpingbedingungen in der Schlacht- und Fleischindustrie, wo durch Mißbrauch grenzüberschreitender Leiharbeit und Werkverträge ausländische Arbeitnehmer ausgebeutet und massiver Druck auf Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen bei uns zu Lasten auch der inländischen Arbeitnehmer erfolgen. Wenn wir Menschen aus dem Ausland zu uns holen, haben wir auch die Pflicht und Schuldigkeit für qualifizierte Arbeit und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen und Tariflöhne zu sorgen.

Integration der Langzeitarbeitslosen und betriebliche Berufsbildung bleiben Herausforderungen

Und ein Weiteres: Der immer wieder beklagte Fachkräftemangel bei uns könnte leicht behoben werden. Wir fordern die Wirtschaft auf: Bieten Sie faire Arbeit, Ausbildung und vor allem auch auskömmliche Löhne - insbesondere bei der Pflege, der Gastronomie- oder auch in Handwerk und Einzelhandel. Dann ist der vielbeklagte Fachkräftemangel schnell behoben. Trotz ständiger Jubelmeldungen über die Beschäftigungsrekorde in der Bundesrepublik gibt es immer noch mehr als 4 Mill. Menschen, die vergeblich nach Arbeit suchen. Ein Mill. Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit – sprechen hier eine deutliche Sprache. Auch bei der betrieblichen Ausbildung ist bei uns längst nicht alles Gold, was glänzt. 1,5 Mill. junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung müssen sich von einer prekären Arbeit zur anderen mit ständig wechselnden Arbeitsstellen, Hungerlöhnen und Arbeitslosigkeit durchschlagen. Hunderttausende junger Menschen befinden sich in sog. Warteschleifen berufsvorbereitender Maßnahmen der Arbeitsagenturen und Job Center. Seit Jahren fährt die Wirtschaft trotz ihrer ständigen gegenteiligen Propaganda die betriebliche Berufsbildung weiter zurück. In Niedersachsen ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge bereits wieder auf das niedrige Niveau des Krisenjahres 2006 gesunken. Jeder siebte Jugendliche bleibt ohne einen betrieblichen Ausbildungsplatz.

Qualifizierte junge Menschen aus Südeuropa dürfen nicht als Lückenbüßer missbraucht werden. Sie werden in ihren eigenen Ländern zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau dringend gebraucht. Wir müssen an diesem 1. Mai klar und deutlich machen: Junge Menschen in Deutschland und Europa

dürfen nicht aus wirtschaftlicher Not zu noch mehr unsicherer Arbeit sowie dem Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden. Sie brauchen Chancen für qualifizierte Beschäftigung mit Zukunft.

Regeln für faire Mobilität

Wir brauchen aber auch auf europäischer Ebene klare Regeln für faire Mobilität. Wir brauchen verbindliche EU Standards für faire Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in allen Mitgliedsländern der EU. Dies muss auch für einheitliche gesetzliche Mindestlöhne sowie Soziale Sicherung gelten. Vordringlich ist ein EUweiter Mindeststandard für die Gewährleistung einer existenzsichernden Arbeitslosenversicherung und einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik

Transatlantisches Freihandelsabkommen stoppen

Derzeit wird –weitgehend abgeschirmt von der Öffentlichkeit - das sog. Transatlantische Freihandelsabkommen verhandelt. Danach sollen Handels-, Investitions- und öffentliche Beschaffungsregeln transatlantisch harmonisiert werden. Mit Hilfe einer besonderen Schiedsgerichtsbarkeit könnte an den Rechtssystemen der Länder vorbei der Einfluss der Investoren gestärkt werden. Wir fordern gerade für derartige weittragende Verhandlungen eine transparente öffentliche Debatte unter umfassender Beteiligung der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene. Eine weitere Liberalisierung und Privatisierung des internationalen Handels unter Umgehung der nationalen demokratischen Strukturen und Verfahren ist umgehend zu stoppen.

Europa braucht Zukunftsperspektiven!

„Perspektiven für die Menschen in Europa schaffen“ muss für uns ganz oben auf die Agenda der europäischen Politik gesetzt werden. Wir dürfen nicht zusehen, wie eine ganze Generation junger Menschen ihre Zukunftsperspektive und Hoffnung verliert. Wir brauchen ein umfassendes Zukunfts- und Investitionsprogramm für Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie eine enthemmte Finanzbranche mit willfährigen Regierungen unseren Sozialstaat zerstört. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Marion Dragi, der den Sozialstaat in spektakulären Interviews für überholt erklärt, darf nicht Recht behalten. Wenn nicht wir als Gewerkschaften mit Verbündeten in Politik, sozialen Institutionen und Zivilgesellschaft wer soll dann dafür sorgen: Wir, unsere Jugend und unser Sozialstaat brauchen Zukunft in Deutschland und Europa!

Das Europaparlament muss aus dem Randbereich als demokratisches „Trostpflaster“ in den Kern der europäischen Demokratie. Für ein soziales Europa der Bürger Sozialabbau stoppen Auch in der Bundesrepublik Deutschland wird der Sozialabbau voranschreiten. Durch den EU Fiskalpakt werden wir als Bundesbürger gleich von zwei Seiten in die Zange genommen: Die Verschärfung und Vorziehung der Schuldenbremsen im Grundgesetz werden zu rigorosen Einsparungen der öffentlichen Haushalte genutzt. Ihr erfahrt dies auch seit Jahren in Niedersachsen:

Einschränkungen öffentlicher Investitionen und Leistungen beenden

Vor allem die Kommunen werden zu einer finanziellen „Vollbremsung“ gezwungen sein. Die seit Jahren rückläufigen öffentlichen Investitionen und Leistungen werden weiter eingeschränkt. für die soziale Wohnraumförderung, den Gesundheits- und Pflegebereich, das gesamte Erziehungs- und Bildungswesen. Abbau Sozialer Sicherung. Wenn der Bund seine Schuldenobergrenze ab 2014 von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts voll ausschöpft, bleiben für die Kommunen und

Sozialversicherungen gerade einmal etwa 4 Mrd. Euro. Die derzeitigen Überschüsse der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung werden schnell zusammenschmelzen. Seit Jahren greift die Bundesregierung im ungenierten in die Taschen der Beitragszahler, Rentner, Kranken und Arbeitslosen. Aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung hat sich der Bundesfinanzminister bereits 16 Mrd. Euro geholt; Ohne jegliche Rechtfertigung muss die Rentenversicherung 2 Mrd. Euro pro Jahr abgeben und die gesetzliche Krankenversicherung 3 Mrd. Euro. Gleichzeitig müssen wir als Beitragszahler in Zukunft alle Ausgabensteigerungen allein tragen. Die Arbeitgeber können sich unbesorgt zurücklehnen: Ihr Beitrag bleibt gedeckelt.

Bundesleistungsgesetz gegen die Menschen mit Behinderungen verhindern

Die Zustimmung der Länder zum EU Fiskalpakt hat die Bundesregierung zu Lasten der Menschen mit Behinderungen erkaufte. Über ein Bundesleistungsgesetz sollen die inzwischen auf 14 Mrd. Euro angestiegenen jährlichen Leistungen der Kommunen für die Eingliederungshilfe schrittweise vom Bund übernommen werden. In den Schubladen des Bundesfinanzministers schmoren seit Jahren „Giftlisten“ über Einschränkungen dieser Maßnahmen und Leistungen für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Diese dürfen nicht unter das Kürzungs- Diktat des EU Fiskalpaktes fallen.

Wir werden nicht locker lassen, die Bundesregierung, die Bundesländer und die Kommunen an ihre Verpflichtungen aus der UN Behindertenkonvention zu erinnern: Menschen mit Behinderungen haben einen gesetzlichen Anspruch auf volle Teilhabe und gleiche Augenhöhe in Arbeit und Gesellschaft.

Soziale Wohnungs- und Mietenpolitik

Ein sozial geschützter Wohnungsmarkt und Mieterschutz sind Kernstücke des sozialen Europas. Die Wohnungspolitik darf nicht in Geiselschaft für einen unregulierten Finanzmarkt genommen werden. Verantwortungslose Finanzspekulation und massive Steuerflucht verschärfen die Wohnungsknappheit in unseren Städten. Die verheerenden Beispiele nehmen zu, dass sozial schwache Menschen aus ihren Wohnungen, in Obdachlosigkeit, Krankheit und bis zum Tod gedrängt werden. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. **Alle EU-Staaten brauchen ein Grundrecht auf Wohnen in ihren Verfassungen und gesetzliche Schutzrechte, die den Zugang zu preiswerter Wohnungen und angemessenem Wohnen sicherstellen.** Bei 23 Prozent Mitsteigerungen hier in Oldenburg in fünf Jahren sind nicht nur Mietpreisbremsen sondern vor allem auch die öffentliche Förderung von bezahlbarem Wohnraum unerlässlich.

Die Energieversorgung in Europa

In der EU sind Umwelt- und Klimaschutz sowie eine zukunftsfähige Energieversorgung unerlässlich. Wir wollen einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Um- und Ausbau der Strom- und Gasnetze muss europaweit erfolgen. Die Energieversorgung in Europa ist sozial gerecht und bezahlbar für alle zu gestalten.

Mobilität sozial gestalten

Wir wollen ein Europa der fairen Arbeit und der fairen Mobilität! Die Realität sieht anders aus: Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit erreichen einen traurigen Rekord nach dem anderen. Welche Zukunft hat Europa, wenn 5,6 Millionen junge Menschen weder Arbeit noch Ausbildung haben. Gar nicht zu reden von den Krisenländern Griechenland und Spanien – dort sind über die Hälfte der jungen Menschen ohne Zukunft in Arbeit und Gesellschaft. In der Bundesrepublik

konnte die Arbeitslosigkeit zwar spürbar abgebaut und die Beschäftigung erhöht werden. Aber um welche Preis! In keinem anderen Land der EU sind unsichere Beschäftigung, Niedriglöhne und Armut so schnell und so massiv gestiegen wie bei uns. Über 7 Mio. Niedrig Löhner, 1 Mio. Langzeitarbeitslose; 7,4 Mio. Minijobber; 1,4 Mio. Aufstocker; 2 Mio. Kinder und Jugendliche in Armut Das ist die bittere Kehrseite des sog. Zweiten deutschen Beschäftigungswunders. Gleichzeitig bedienen sich die Top Manager auch der privaten und öffentlichen „Pleitebanken“ mit skandalös hohen Einnahmen.

Agenda 2010- kein Patentrezept für die Bundesrepublik und Europa

„Am deutschen Wesen soll Europa genesen“ verlangen die Apologeten der Agenda 2010. Und sie finden willfährige Helfer in EU Kommission und Mitgliedsländern. Das Rezept lautet: mehr Druck auf Arbeitslose, Senkung von Löhnen, Renten und sonstigen Sozialleistungen und Rente mit 67, wenn nicht gar erst mit 70 Jahren oder noch weiter nach oben mit steigender Lebenserwartung. Junge Menschen in den Krisenländern leiden besonders unter den prekären Arbeitsbedingungen mit dem hohen Risiko der Arbeitslosigkeit. Krisenrezepte a la Agenda 2010 verschärfen diese Spirale nach unten noch weiter. Wir müssen an diesem 1. Mai 2014 unmissverständlich klar machen. Wir brauchen in Deutschland und Europa nicht weitere Deregulierung sondern Reregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen Qualifizierung und qualifizierte Arbeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und faire Tarifverträge. Der massive Missbrauch grenzüberschreitender Leiharbeit, von Werkverträgen bis zu Schein Selbständigkeiten mit Dumping von Löhnen und Arbeitsbedingungen muss beendet werden. Der verheerenden Explosion von Minijobs ohne Sozialversicherung mit Armut bei Arbeit und im Alter muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Wir brauchen existenzsichernde Arbeit in Voll- und Teilzeit mit Sozialversicherung, fairen Löhnen sowie Arbeitsbedingungen und beruflicher Zukunft. Nur dann kann es gelingen, die seit Jahren weit klaffende Lohnlücke für Frauen von 22 Prozent zu schließen. Frauenquoten, Antidiskriminierungs- und Entgeltgleichheitsgesetze sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind längst überfällig. Entscheidend ist jedoch, dass wir die Frauen endlich aus der Hartz IV Falle der Minijobs herausholen.

Mindestlöhne nicht durchlöchern.

Wenn die Bundesregierung jetzt endlich bereit ist, einheitliche gesetzliche Mindestlöhne nicht unter 8,50 Euro einzuführen, ist dies eine richtige und längst überfällig Weichenstellung. Dies gilt auch für die Ausdehnung der tariflichen Mindestlöhne in allen Wirtschaftsbranchen. Nicht hinnehmbar ist allerdings, dass Jugendliche bis 18 Jahren und vor allem Langzeitarbeitslose ausgenommen werden sollen. Wir wollen nicht, dass es auch beim gesetzlichen Mindestlohn Arbeitnehmer zweiter und dritter Klasse gibt. Und: Wir wollen nicht, dass den Arbeitgebern die Türen für das Ausweichen vor dem Mindestlohn weit geöffnet bleiben. Wir müssen daher an diesem 1. Mai 2014 unmissverständlich einfordern: Der gesetzliche Mindestlohn darf nicht durchlöchert werden. Und wir fordern von der Bundesregierung: Hören Sie auf mit Trickserei und Augenwischerei. Führen Sie – wie versprochenen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro ohne „wenn und Aber“ ein. – und zwar – wie versprochen 2015 – nicht erst, wie jetzt vorgesehen –, 2017 mit der ersten Erhöhung 2018. Dann ist der gesetzliche Mindestlohn nur noch weit weniger als 8 Euro wert.

EU-Jugendgarantie – was kann sie leisten?

Die ständige Propaganda aus Brüssel für die sog. „Jugendgarantie“ steht in keinem Verhältnis zur bitteren Realität weiter steigender Jugendarbeitslosigkeit. Die verfügbaren 6 bis 8 Mrd. Euro über zwei Jahre bei weit über 5 Millionen arbeitslosen Jugendlichen sind noch weniger als der berühmte

Tropfen auf den heißen Stein. Vor allem sind sie skandalöse „Peanuts“ gemessen an den hunderten von Mrd. Euro für Gläubiger und Top Manager der maroden Banken.

Grenzüberschreitende Mobilität- kein Patentrezept

Täglich hören wir das Jammern aus der Wirtschaft über die Demographie und den Mangel an Auszubildenden und Fachkräften. Im Anschluss daran ertönt der immer lautere Ruf nach mehr Arbeitskräften aus dem Ausland. Gemeint sind vor allem hoch qualifizierte junge Menschen aus den südeuropäischen Krisenländern. Dies kann weder Patentrezept noch eine dauerhafte Lösung sein. Muss es erst zum Skandal kommen, dass hoch ausgebildete junge Spanierinnen in Helfertätigkeiten deutscher Pflegeeinrichtungen mit unfairen Löhnen, Arbeitsbedingungen und Wohnmöglichkeiten abgespeist werden. Oder: Nehmen wir das Beispiel der rumänischen Leiharbeiter bei der Meyer Werft in Papenburg- nicht weit von hier. Musste es erst zu den verheerenden Todesfällen wegen mangelnder Brandschutzvorkehrungen in den Wohnunterkünften kommen? – wobei dann gleichzeitig festgestellt wurde, dass den Arbeitern Hungerlöhne zwischen 2,90 Euro und 3,50 Euro gezahlt wurden. Erst dann war die Geschäftsführung bereit, mit den Betriebsräten und Gewerkschaften über menschenwürdige Bedingungen für die ausländischen Arbeitnehmer bei der Arbeit und im Wohnumfeld zu verhandeln. Oder sehen wir die menschenwürdigen Dumpingbedingungen in der Schlacht- und Fleischindustrie, wo durch Mißbrauch grenzüberschreitender Leiharbeit und Werkverträge ausländische Arbeitnehmer ausgebeutet und massiver Druck auf Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen bei uns zu Lasten auch der inländischen Arbeitnehmer erfolgen. Wenn wir Menschen aus dem Ausland zu uns holen, haben wir auch die Pflicht und Schuldigkeit für qualifizierte Arbeit und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen und Tariflöhne zu sorgen.

Integration der Langzeitarbeitslosen und betriebliche Berufsbildung bleiben Herausforderungen

Und ein Weiteres: Der immer wieder beklagte Fachkräftemangel bei uns könnte leicht behoben werden. Wir fordern die Wirtschaft auf: Bieten Sie faire Arbeit, Ausbildung und vor allem auch auskömmliche Löhne - insbesondere bei der Pflege, der Gastronomie- oder auch in Handwerk und Einzelhandel. Dann ist der vielbeklagte Fachkräftemangel schnell behoben. Trotz ständiger Jubelmeldungen über die Beschäftigungsrekorde in der Bundesrepublik gibt es immer noch mehr als 4 Mill. Menschen, die vergeblich nach Arbeit suchen. Ein Mill. Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit – sprechen hier eine deutliche Sprache. Auch bei der betrieblichen Ausbildung ist bei uns längst nicht alles Gold, was glänzt. 1,5 Mill. junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung müssen sich von einer prekären Arbeit zur anderen mit ständig wechselnden Arbeitsstellen, Hungerlöhnen und Arbeitslosigkeit durchschlagen. Hunderttausende junger Menschen befinden sich in sog. Warteschleifen berufsvorbereitender Maßnahmen der Arbeitsagenturen und Job Center. Seit Jahren fährt die Wirtschaft trotz ihrer ständigen gegenteiligen Propaganda die betriebliche Berufsbildung weiter zurück. In Niedersachsen ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge bereits wieder auf das niedrige Niveau des Krisenjahres 2006 gesunken. Jeder siebte Jugendliche bleibt ohne einen betrieblichen Ausbildungsplatz.

Qualifizierte junge Menschen aus Südeuropa dürfen nicht als Lückenbüßer missbraucht werden. Sie werden in ihren eigenen Ländern zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau dringend gebraucht. Wir müssen an diesem 1. Mai klar und deutlich machen: Junge Menschen in Deutschland und Europa dürfen nicht aus wirtschaftlicher Not zu noch mehr unsicherer Arbeit sowie dem Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden. Sie brauchen Chancen für qualifizierte Beschäftigung mit Zukunft.

Regeln für faire Mobilität

Wir brauchen aber auch auf europäischer Ebene klare Regeln für faire Mobilität. Wir brauchen verbindliche EU Standards für faire Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in allen Mitgliedsländern der EU. Dies muss auch für einheitliche gesetzliche Mindestlöhne sowie Soziale Sicherung gelten. Vordringlich ist ein EUweiter Mindeststandard für die Gewährleistung einer existenzsichernden Arbeitslosenversicherung und einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik

Transatlantisches Freihandelsabkommen stoppen

Derzeit wird –weitgehend abgeschirmt von der Öffentlichkeit - das sog. Transatlantische Freihandelsabkommen verhandelt. Danach sollen Handels-, Investitions- und öffentliche Beschaffungsregeln transatlantisch harmonisiert werden. Mit Hilfe einer besonderen Schiedsgerichtsbarkeit könnte an den Rechtssystemen der Länder vorbei der Einfluss der Investoren gestärkt werden. Wir fordern gerade für derartige weittragende Verhandlungen eine transparente öffentliche Debatte unter umfassender Beteiligung der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene. Eine weitere Liberalisierung und Privatisierung des internationalen Handels unter Umgehung der nationalen demokratischen Strukturen und Verfahren ist umgehend zu stoppen.

Europa braucht Zukunftsperspektiven!

„Perspektiven für die Menschen in Europa schaffen“ muss für uns ganz oben auf die Agenda der europäischen Politik gesetzt werden. Wir dürfen nicht zusehen, wie eine ganze Generation junger Menschen ihre Zukunftsperspektive und Hoffnung verliert. Wir brauchen ein umfassendes Zukunfts- und Investitionsprogramm für Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie eine enthemmte Finanzbranche mit willfährigen Regierungen unseren Sozialstaat zerstört. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Dragi, der den Sozialstaat in spektakulären Interviews für überholt erklärt, darf nicht Recht behalten. Wenn nicht wir als Gewerkschaften mit Verbündeten in Politik, sozialen Institutionen und Zivilgesellschaft- wer soll dann dafür sorgen: Wir, unsere Jugend und unser Sozialstaat brauchen Zukunft in Deutschland und Europa!